

solche Überprüfung wird zeigen, daß das Neue vom Alten nicht radikal getrennt werden kann, weil das Zukunftsträchtige sich mitten im Ablaufenden befindet. Sie wird uns aber auch helfen, Bestehendes zu erkennen.

Bestehen bleibt das Evangelium. Bestehen bleibt der Auftrag, die frohe Botschaft Christus aller Kreatur zu verkünden, so daß sie es verstehen und annehmen können. Bestehen bleibt der Auftrag, uns gegenseitig zu ermahnen. Bestehen bleibt die weltweite Einheit der Christen in Christus, denn Christus ist unteilbar.

Das Ende der traditionellen Entwicklungshilfe

Bemerkungen zum Entwicklungskonflikt

VON GERHARD GROHS

I. Wir stehen bereits in der Mitte der zweiten Entwicklungsdekade und wissen, daß das erste Entwicklungsjahrzehnt praktisch ohne nennenswerte Auswirkungen auf die Entwicklungsländer geblieben ist. Der Abstand zwischen den reichen und den armen Ländern hat sich eher vergrößert, die Massenarbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern steigt entsprechend der Bevölkerungsentwicklung, Hungerkatastrophen bisher nicht bekannten Ausmaßes kündigen sich an, und die Verteuerung der Ölpreise hat am härtesten die Entwicklungsländer getroffen, die am ärmsten sind, also weder Rohstoffe anzubieten noch Industriewaren zu exportieren haben.

Für die Entwicklungshilfe, sei es staatliche oder kirchliche, ergibt sich daraus klar, daß sie auf keinen Fall diese Probleme lösen kann, sondern daß sie vor allem Soforthilfe bei Katastrophenfällen wie der Hungersnot in der Sahelzone, den Überschwemmungen in Bangla Desh oder großen Fluchtbewegungen, die durch politische Ereignisse ausgelöst werden, wie in Südvietnam, Nigeria während des Biafra-Krieges oder jetzt in Eritrea und bei den Kurden, die in andere Länder fliehen, leisten muß. Sie kann punktuell, vielleicht zeichenhaft helfen, sie kann durch Förderung von Projekten, die in Entwicklungspläne eingeordnet sind, Verbindungen zu uns herstellen.

Langfristige Hilfe aber setzt eine Veränderung des Welthandels voraus, von dem sich 75% zwischen den Industrieländern und nur 5% zwischen den Entwicklungsländern selbst abspielt. Eine solche „Umstrukturierung“ können die

Kirchen natürlich nicht durchsetzen, aber sie können und müssen sie diskutieren und sich und die Christen darauf vorbereiten.¹

Eine Veränderung des Welthandels könnte nur auf zwei Wegen — wenn man einmal theoretisch spricht — durchgesetzt werden:

1. durch Druck der Entwicklungsländer, die Produkte, auf die die Industrieländer angewiesen sind, so verteuern, daß dadurch eine Umverteilung des Gewinns erfolgt, wie es beim sogen. „Öl-Boycott“ geschehen ist.

2. durch Konsumverzicht der Industrieländer, die dadurch weniger Ressourcen an Energie und Rohstoffen in Anspruch nehmen und statt in Rüstung und Luxuskonsum in die Verbesserung der Infrastruktur der Entwicklungsländer sowie ihre Industrialisierung investieren.

Beide theoretisch denkbaren Wege stoßen in der Praxis auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten:

1. Es gibt keinen vergleichbar dominanten Rohstoff wie Öl, der als Waffe der Entwicklungsländer gegen die Industrieländer benutzt werden könnte. Er steht überdies nur wenigen Entwicklungsländern zur Verfügung, und selbst hier werden die Techniker der Industrieländer langfristig Möglichkeiten der Senkung des Verbrauchs, Ersatz durch andere Energiequellen etc. finden, also die Waffe des Rohstoff-Boycotts abtupfen lassen. Die Entwicklungsländer selbst haben diese Schwierigkeiten erkannt, weshalb sie versuchten, die vom Staatspräsidenten Frankreichs geplante Öl-Konferenz in eine Konferenz über alle Rohstoffe auszuweiten.

2. Die Mechanismen der Marktwirtschaft, verbunden mit der politischen Fassung parlamentarischer Demokratie, erlauben es nicht, planmäßig den Konsum in den Industrieländern zu senken, ohne damit Arbeitslosigkeit, Bedrohung der sozialen Sicherung und andere empfindliche Störungen des politischen Systems auszulösen.

Es ist also illusionär, sich von *einer* dieser beiden Strategien allein eine Lösung des Problems, d. h. eine Überwindung der Kluft zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, zu erhoffen. Ein anderes Modell scheint sich jetzt anzubahnen, das sich in dem zwischen der EG und den afrikanischen und karibischen Ländern in Lomé geschlossenen Verträgen abzeichnet. Der kapitalistische Weltmarkt — und es gibt nur einen solchen, wie Samir Amin richtig festgestellt hat —, an dem die sozialistischen Länder marginal partizipieren, bewegt sich auf Veränderungen zu, die in einzelnen Industrieländern des Westens bereits erfolgt sind, d. h. auf einen verstärkten *Interventionismus*. Die Schwierigkeit

besteht aber darin, daß es nicht denkbar ist, daß ein Superstaat — also etwa die UNO — die Funktionen übernimmt, die die staatliche Verwaltung eines Nationalstaates wie der Bundesrepublik ausübt. Auch eine Koordinierungsbehörde wie die Brüsseler EG-Kommission ist weltweit nicht denkbar, zumal auch diese schon als „Super-Bürokratie“ kritisiert wird.

Das Ziel der Interventionen ist klar: Es handelt sich um den Schutz schwächerer, aber notwendiger Wirtschaftspartner vor der Überrollung durch das Übergewicht großer Wirtschaftsorganisationen und die Umleitung überschüssiger Ressourcen in Gebiete, die aus geographischen, ökonomischen oder politischen Gründen benachteiligt sind, wie auf nationaler Ebene die Zonenrandgebiete in der Bundesrepublik oder auf internationaler Ebene im Rahmen der EG Süditalien und Schottland. Daß eine Übertragung innerstaatlicher Ausgleichsmechanismen auf größere Räume schwierig ist, zeigt z. B. der verzweifelte Kampf, den die Europäische Investitionsbank darum führt, daß Darlehen und Zuschüsse, die für Süditalien bestimmt sind, tatsächlich dort ankommen und nicht in Norditalien und Rom hängenbleiben. Interessanterweise beginnen sich nun, praktisch erst in den letzten Jahren, internationale Organisationen, die entweder als Diskussionsforen gedacht waren wie die Welthandelskonferenz (UNCTAD) und die Weltorganisation zur Förderung der Industrialisierung (UNIDO) sowie Hilfsorganisationen wie die Welternährungsorganisation (FAO) Vorschläge für solche Interventionen zu machen, die international die Funktionen erfüllen könnten, die in Systemen der sozialen Marktwirtschaft vom Staat ausgeübt werden.

II. Das wird an zwei internationalen Dokumenten deutlich: der *UN-Charta* über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten des Staates (Dezember 1974) und der sog. *Cocoyoc-Erklärung*, die auf einer Konferenz des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und der UNCTAD im Oktober 1974 beschlossen wurde. Über beide wurde bereits in kirchlichen Veröffentlichungen berichtet.

1. Die UN-Charta wurde von 120 Ländern am 13. Dezember 1974 gebilligt und von sechs Ländern: USA, BRD, Belgien, Dänemark, Luxemburg, Großbritannien abgelehnt. Frankreich, Italien, Japan und sieben andere Länder enthielten sich der Stimme.² Sie geht von der Existenz der Nationalstaaten aus und billigt diesen die volle Souveränität über ihre Ressourcen sowie das Recht, ausländische Unternehmen auf ihrem Boden zu kontrollieren, zu. An verschiedenen Stellen wird die Notwendigkeit zur Kooperation der Staaten festgestellt, z. B. wenn mehrere Staaten gemeinsam über dieselben Ressourcen wie Wasser, Erze, Schifffahrtswege etc. verfügen (Art. 3) oder wenn sie gemeinsam Produzentenkartelle bilden wollen. Rohstoff-Abkommen und Export-Abkommen werden

als wichtiger Bestandteil eines regulierten Weltmarktes bezeichnet (Art. 6), und die besondere Forderung der von der UNO definierten 25 ärmsten Länder wird herausgestellt sowie die Notwendigkeit, Diskriminierungen im Welthandel zu vermeiden. Die UN-Charta geht also davon aus, daß es möglich ist, durch internationale Abkommen zwischen den einzelnen Staaten und durch die Anerkennung der Souveränität der wirtschaftlich schwächeren Staaten durch die stärkeren eine Korrektur des Welthandelssystems und damit größere Gerechtigkeit zu erreichen.

Die *Cocoyoc-Erklärung* geht weiter, sie geht von folgenden Voraussetzungen aus:³

1. Erste Priorität in der Entwicklungspolitik hat die Befriedigung der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse: Nahrung, Gesundheit, Obdach, Erziehung, Arbeit.

2. Entwicklung ist nicht ein „einliniger Prozeß“ in Nachahmung der Erfahrung jener Nationen, die bereits im Überfluß leben. Es gibt verschiedene Wege, Strategien und Zugänge zur Entwicklung.

3. Jede Nation hat das Recht, ihren eigenen Weg zur Entwicklung zu verfolgen.

4. Entwicklung ist nicht die Entwicklung von Sachen, sondern von menschlichen Wesen.

Zum Problem der knapper werdenden Ressourcen heißt es:

1. „In der unmittelbaren Zukunft ist das Problem nicht in erster Linie das absoluter physischer Mangellagen, Mangel ist heute das Ergebnis sozio-ökonomischer Beziehungen.

2. Bei diesen Beziehungen steht besonders der Mißbrauch und die Fehlverteilung von Ressourcen durch die traditionellen Marktmechanismen im Vordergrund.

3. Die technologischen Belastungen für die ökonomische und soziale Ordnung und ebenso die Umwelt sollten unabhängig und objektiv bewertet werden.

4. Der gemeinsame Besitz an Ressourcen — besonders der Meeresboden . . . — sollte durch eine starke internationale Behörde für die internationale Gemeinschaft und zum Nutzen der Ärmsten dieser Welt entwickelt und verwaltet werden.“

Hier wird also für einen Teilbereich eine internationale Behörde gefordert. Ein weiterer wichtiger Vorschlag ist der, Abgaben von Schiffen, die die hohe

See befahren, sowie freiwerdende Rüstungsgelder und ein internationales Steuersystem einzurichten, das die traditionellen Hilfsprogramme ersetzen soll. Zweifellos werden sehr viel größere Anstrengungen als bisher auch von den Kirchen gemacht werden müssen, die steigenden Rüstungsausgaben zu kritisieren und ihre Reduzierung zugunsten produktiver Investitionen in den Entwicklungsländern zu fordern. Der Zusammenhang zwischen sinkenden Entwicklungsleistungen und steigenden Rüstungsausgaben wird immer noch viel zu wenig beachtet.⁴ Die Forschung, deren Zentrum in den Industrieländern liegt und sich auf Erhöhung und Verfeinerung des Konsums spezialisiert hat, soll eine erste Priorität auf die Erfüllung der einfachen menschlichen Grundbedürfnisse legen.

Hier schließen sich die Überlegungen der FAO an, die auf der *Welternährungskonferenz vom November 1974* einen Welternährungsrat gründete, dem auch die BRD angehört. Es geht darum, einen Welternährungsfonds zu finanzieren, in dem auch Naturalien eingebracht werden können und in den die USA 2 Milliarden, die Ölländer 2 Milliarden, die europäischen Blöcke je 1 Milliarde einzahlen sollen. Wichtig ist, daß jederzeit 50 bis 60 Millionen Tonnen Getreide in der Welt als Reserve zur Verfügung stehen sollen, die zum Teil in Vorratslagern in den Entwicklungsländern aufbewahrt werden sollen. Nach Ansicht des Generalsekretärs der FAO, Boerma, müßte das für die Notfälle genügen. Heute werden, oftmals viel zu spät, bei auftretenden Notfällen Flugzeuge in entfernte Gegenden dirigiert, um Getreide oder Saatgut zu transportieren. Dezentralisierte Lager würden schneller und billiger eingesetzt werden können. Hier ist also wieder eine bereits aus der sozialen Marktwirtschaft bekannte Maßnahme internationalisiert worden: die Anlage von *Reserven*, die in Notfällen eingesetzt werden können. Dafür wird keine neue Behörde gegründet, sondern die bereits vorhandene FAO soll die Kontrolle über die dezentralisierten Lager ausüben.⁵

Schwieriger zu lösen ist die exorbitante Steigerung der Düngerproduktion in den Industrieländern, die nötig ist, um diesen in die Entwicklungsländer zusätzlich zum Aufbau eigener Düngerindustrien zu exportieren. Daraus wird zweifellos eine größere Umweltbelastung entstehen, aber eine, die aufgrund neuer Erkenntnisse, erheblich niedriger sein wird als die bisher in Europa bekannte.

Zusammenfassend kann man also zwei Modelle in der internationalen Disziplin über eine Neuordnung der Weltwirtschaft erkennen:

1. *Interventionen* zugunsten der Entwicklungsländer mit Hilfe von Verträgen, z. B. Rohstoffabkommen und Handelsabkommen zwischen einzelnen Natio-

nalstaaten oder zwischen Staatengruppen, die auch die Form von Verkaufskartellen annehmen können.

2. *Aufbau von internationalen Behörden*, die für neuralgische Teilbereiche die Kontrolle der Nahrungssituation oder der Ausnutzung knapper Ressourcen übernehmen.

Noch keine Einigkeit besteht darüber, wie die Tätigkeit der *multinationalen Firmen* zu beurteilen ist und inwieweit internationale Gewerkschaftsorganisationen ihnen gegenüber die Rolle übernehmen können, die nationale Gewerkschaften bereits im staatlichen Rahmen erfüllen. Wenn heute die Leitung eines multinationalen Konzerns z.B. beschließt, ein Werk in England aufzugeben, weil die Lohnforderungen ihr zu hoch erscheinen und statt dessen ein Werk in Belgien neu eröffnet, gibt es keine Solidarität der belgischen Gewerkschaften mit den englischen, weil es sowohl an ideologischen als auch an organisatorischen Voraussetzungen fehlt, über die aber die Arbeitgeberseite verfügt. Doch auch hier werden sich langfristig Strukturen entwickeln, die auf nationaler Ebene eine Begrenzung übergroßer Marktbeherrschung erreicht haben.

III. Auf dem Hintergrund dieser weltweiten Diskussion hat der holländische Entwicklungsminister *Jan Pronk*, der übrigens als einziger Minister der EG-Länder dem Welternährungsfonds der FAO sofort zustimmte, in einem Referat, das er auf einer 1974 vom Ökumenischen Rat in Montreux veranstalteten Entwicklungskonferenz hielt, versucht, Vorschläge für die künftige Entwicklungspolitik zu machen:⁶

1. *Anerkennung von sozialer Gerechtigkeit und eigenständiger Entwicklung (selfreliance) als Leitziele der Entwicklungspolitik.*

Pronk fordert, daß nur die Entwicklung gefördert werden soll, die mehr Gleichheit und mehr Selbstentwicklung in den Entwicklungsländern ermöglicht. Das bedeutet, daß mit dieser Hilfe den Ärmsten geholfen werden soll und nicht den Eliten.

Das ist leichter gesagt als getan. Der Präsident der Weltbank Robert S. McNamara hat bereits 1973 in einer aufsehenerregenden Rede⁷ darauf hingewiesen, daß in 40 Entwicklungsländern, die von der Weltbank untersucht wurden, die reichsten 20% der Bevölkerung durchschnittlich 55% des Volkseinkommens beziehen, während gleichzeitig die ärmsten 20% der Bevölkerung nur 5% erhalten.

Es kommt aber darauf an, daß jenen 40% der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, die unter Hunger, Armut, Analphabetentum und Krankheiten

leiden, massiv und durchgreifend geholfen wird und nicht den bereits relativ Privilegierten.

2. Dafür ist es aber nach Ansicht von Jan Pronk nötig, daß „*Interventionen im Namen der Gerechtigkeit*“ vorgenommen werden. Das ist eine sehr umstrittene Forderung, da von jeher der völkerrechtliche Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten eines anderen Landes gilt. Pronk ist jedoch der Ansicht, daß tatsächlich durch Hilfe, die gegeben wird, oder durch die Verweigerung von Hilfe, durch Bedingungen, die an die Vergabe von Hilfslieferungen geknüpft werden, durch die Festsetzung der Weltmarktpreise, durch Schutzzölle und Importbegrenzungen schon lange in die Wirtschaft der abhängigen Länder massiv eingegriffen wird. Warum, so fragt Pronk, sollte es denn nicht möglich sein, Hilfe in Zukunft davon abhängig zu machen, daß eine Hebung des Lebensstandards der Ärmsten nachgewiesen wird?

3. Eine weitere Maßnahme, die es erleichtert, den Ärmsten zu helfen, sieht Pronk in der Bindung direkter Entwicklungshilfe an die *Bekämpfung unmittelbarer* Notlagen, die sich in Zukunft vermehren und verstärken werden. Er fordert, daß in Zukunft 50% aller Entwicklungshilfe dafür verwandt wird. Er verlangt, auch das ist eine umstrittene Forderung, die Rationierung der Güter, die in den Industrieländern übermäßig und sorglos verbraucht werden, da das freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt nicht mehr funktioniert, weil es die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht. Das bedeutet nach Ansicht Pronks kein Nullwachstum der reichen Länder, wie es vom Club of Rome seinerzeit angezielt wurde,⁸ aber eine Veränderung der Produktionsprioritäten von Privatautos auf Nutzfahrzeuge, von der Befriedigung von Luxusbedürfnissen auf die weltweite Befriedigung von Grundbedürfnissen.

4. Pronk als Sozialist glaubt, daß nur eine Politik, die auch in den reichen Ländern darauf zielt, mehr Gleichheit zu schaffen, in der Lage ist, international mehr Gerechtigkeit anzustreben. Internationale Gerechtigkeit bedeutet aber auch größere Mitwirkungs- und Mitspracherechte der Entwicklungsländer bei den Entscheidungen, die den Lebensstandard ganzer Länder betreffen. Diese Forderung kennen wir bereits aus der nationalen Mitbestimmungsdebatte, sie wird auch auf internationaler Ebene unter dem Stichwort „Partnerschaft“ immer mehr in den Vordergrund treten.⁹

IV. Diese Forderung nach Partnerschaft und mehr Gerechtigkeit wird auch in anderer Form und auf anderer Ebene international diskutiert: in der Debatte um die *Menschenrechte*. Bereits die Synode der EKD 1973 hat erklärt: „Da der

Entwicklungsbegriff Befreiung von rassistischer und sozialer Diskriminierung einschließt ... (werden die Christen) ... aufgerufen, angesichts der Entwicklungs- und Rassenprobleme der heutigen Welt aktiv zur Ausweitung und Konkretisierung der Menschenrechte beizutragen.“ Dem schloß sich die Denkschrift der Kammer der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst: „Der Entwicklungsdienst der Kirchen — ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit der Welt“ (Gütersloh 1973) ausdrücklich an.

Der Ökumenische Rat hat im Oktober 1974 in St. Pölten mit Vertretern aus Entwicklungsländern eine Konsultation über das Problem der Menschenrechte veranstaltet. Dabei stellte sich heraus, daß es nicht nur zwei Menschenrechtskonzeptionen gibt, eine individualistische der westlichen und eine kollektivistische der östlichen Länder, sondern auch eine ganz anders geartete Interpretation der Menschenrechte in den Entwicklungsländern. Hier werden als fundamentale Menschenrechte das Recht auf das tägliche Brot, auf Arbeit, auf ein Dach über dem Kopf angesehen, die erst erfüllt werden müssen, ehe man über Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Freizügigkeit und freie Berufswahl sprechen kann, von denen in den europäischen Menschenrechtsbestimmungen die Rede ist. Der deutsche Vertreter in der Menschenrechtskommission der UNO, Gerhard Jahn, berichtete kürzlich, daß sich die afrikanischen oder asiatischen Mitglieder der Kommission angesichts der unermeßlichen Probleme ihrer Länder für die Frage der vertriebenen Deutschen oder der Freizügigkeit zwischen der Bundesrepublik und der DDR überhaupt nicht interessieren.¹⁰

Prof. Raiser kommt deshalb in einer Analyse der Ergebnisse der St. Pöltener Konsultation zu dem Ergebnis, daß die theologische Grundlage der bisher sehr regional gesehenen Menschenrechte, soweit sie politische Freiheits- und Teilnehmerrechte sind, noch gelegt werden und die Abgrenzung zwischen den Menschenrechten und den allgemeinen Forderungen nach einer gerechteren Ordnung noch gefunden werden muß.¹¹

An der Diskussion der Menschenrechte wird deutlich, wie genau in Nairobi jeder Begriff definiert und erläutert werden muß, denn wir in der Bundesrepublik verstehen darunter in erster Linie Meinungsfreiheit, Freizügigkeit und Koalitionsfreiheit, weil bei uns jeder zu essen hat und weiß, wo er wohnen kann. In vielen Entwicklungsländern aber versteht man darunter die Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse Nahrung, Wohnung, Arbeit, weil es gerade an diesen fehlt. Ganz ähnlich geht es mit dem Begriff „*Moratorium*“. Auf der Allafrikanischen Kirchenkonferenz meinte man damit, die Aussendung von europäischen oder amerikanischen Missionaren für solche Kirchen einzustellen, die selbst ihre Missionstätigkeit aufbauen und entwickeln wollen. In der Bundes-

republik versteht man darunter oft lediglich eine Absage an weiße Missionare, was so gar nicht gemeint ist, wie man an den sehr verschiedenen Interpretationen dieses Wortes in Afrika beobachten kann.

Wie falsch auch klare Formulierungen diskutiert werden können, zeigt die sog. „Gewaltdebatte“ um das *Antirassismus-Programm*.¹² Hier geht es darum, auch dort humanitär zu helfen, wo Befreiungsbewegungen die Kontrolle haben: bis vor kurzem in Mozambique und Guinea-Bissau, bei den Vietkong in Südvietnam und etwa bei den Kurden. Für christliche Hilfe darf es keine Sperrzonen geben, wenn Notsituationen erkennbar sind. Waffenkäufe hat weder der Ökumenische Rat noch das Antirassismus-Programm jemals erlaubt oder gar unterstützt. Im Gegenteil hat er immer wieder zur Gewaltlosigkeit aufgerufen.

Das Argument, daß aber humanitäre Hilfe „indirekt“ Gewalt unterstützen könne, beeindruckt den Ökumenischen Rat verständlicherweise nicht, weil der Bau eines Missionshospitals im portugiesischen Angola natürlich die Portugiesen und die Errichtung einer Sanitätsstation im Frelimo-Gebiet natürlich die Frelimo „indirekt“ unterstützt und — woran oft nicht gedacht wird — das einfache Nichtstun alle die der Gewalt ausliefert, die hätten gepflegt, verbunden und gerettet werden können. Direkte Unterstützung der Gewalt, auch wenn sie „Gegengewalt“ ist, ist der Kirche verwehrt, aber sie kann es nicht vermeiden, indirekt staatliche Gewalt oder Gegengewalt zu stützen, wenn sie dem Liebesgebot folgt und überall hilft, wo Menschen in Not sind.

Strittig bleibt lediglich, ob der ÖRK gut beraten war, auf jede Kontrolle der humanitären Hilfe zu verzichten, da das zwar partnerschaftlichem Denken entspricht, aber erst mit kirchlichen Organisationen erprobt werden sollte, ehe es militanten Bewegungen zugute kommt. Sicherlich haben manche Tendenzen in der sog. *Theologie der Befreiung* dazu beigetragen, solche Mißverständnisse zu verstärken.¹³ Aber auch hier muß man sich klarmachen, daß die Befreiung von manchen zeitgebundenen Vorstellungen europäischer Theologie nicht Befreiung von Christus heißt, sondern Befreiung zu eigenem, oft noch tastendem, experimentierendem Denken.

Unsere eigene Theologiegeschichte ist voll von Irrwegen, Umwegen und Verstrickungen in den jeweiligen Zeitgeist. Die Forderung mancher Theologen aus der Dritten Welt an die Kirche, wieder arm zu werden und sich mit den Armen zu identifizieren, ist im Grund nichts anderes als das, was die Bettelorden von der Kirche verlangten und schließlich wenigstens für sich selbst zu praktizieren suchten.¹⁴ Darüber und über die damit verbundenen möglichen Übertreibungen und Selbstgerechtigkeiten soll man offen und hart diskutieren, aber nicht einfach

die Augen wegwenden, weil es so wenig in unseren nationalen oder regionalen Rahmen paßt.

Ein gutes Beispiel für die Gefahr, aneinander vorbeizureden, ist die *Debatte über die Geburtenkontrolle*. Die Industrieländer, deren Bevölkerungswachstum stagniert oder abnimmt, haben auf der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest (1974) die Entwicklungsländer aufgefordert, drastisch ihr Bevölkerungswachstum zu senken, wobei sie wissen, daß ein Erfolg solcher Politik erst in Jahrzehnten sichtbar würde und nichts zur Lösung der gegenwärtigen Probleme beitragen könnte.¹⁵ Diejenigen Regierungen von Entwicklungsländern, die sich teils aus Nationalstolz, teils aus ethischen Gründen wie der Vatikan, teils aus der berechtigten Überlegung, daß eine Geburtenkontrolle sehr schwierig durchsetzbar und erst langfristig wirksam ist, auf der Konferenz dagegen wandten, wissen trotzdem, daß sie langfristig nicht um eine Geburtenkontrolle herumkommen, wie z. B. die VR China, die selbst recht wirksame Geburtenkontrollmaßnahmen ergriffen hat. Die Regierungen von Ländern Ostasiens und Mittelamerikas, die selbst Geburtenplanungsmaßnahmen in Angriff genommen haben, wissen trotzdem, daß mit ihnen allein Hunger, Analphabetismus und Krankheit nicht bekämpft werden können.

Wenn Jan Pronk also in seinen Vorschlägen zu einer neuen Entwicklungspolitik nicht die „Bevölkerungsexplosion“ behandelte, die man vorher stoppen müsse, um alle die von ihm angeregten Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer überhaupt greifen zu lassen, so unterließ er das nicht ohne Grund. Der Grund für diese Haltung liegt, wie der Staatssekretär Jan Pronks, André van Dam, kürzlich ausführte, darin, daß der Verbrauch der vergleichsweise geringen Bevölkerung der Industrieländer ungleich größer ist als der der wachsenden Bevölkerung in den Entwicklungsländern.¹⁶

Nur ein Beispiel:

Die USA verbrauchen	13 t	Energie pro Kopf und Jahr
Europa	6 t	Energie pro Kopf und Jahr
Lateinamerika	1,8 t	Energie pro Kopf und Jahr
Afrika	0,3 t	Energie pro Kopf und Jahr
Asien	0,5 t	Energie pro Kopf und Jahr. ¹⁷

Die Kluft zwischen dem allgemeinen Verbrauch der Industrieländer und dem der Entwicklungsländer ist 20 : 1 mit Ausnahme der Nahrungsmittel, die 5 : 1 ist. (Bei Viehfutter allerdings beträgt der Unterschied 7 : 1.) Das heißt also, daß Sparen der Ressourcen am effektivsten bei uns anzufangen ist! Wenn die USA auf unseren Pro-Kopf-Verbrauch an Energie kämen und wir ihn um 1 oder 2 t

senken, würden wir einen größeren Erfolg bei der rationalen Nutzung der Welt-Ressourcen erzielen als alle — sicher notwendigen aber erst in Jahren und deshalb viel zu langsam wirkenden — Geburtenkontrollmaßnahmen, und wir würden der Revolution der steigenden Erwartungen durch das einzige Mittel entgegenwirken, das Erfolg hat: Reduzierung der eigenen Erwartungen.

Daraus ergibt sich also, um es überspitzt zu formulieren, daß die Diskussionen über die staatliche Entwicklungshilfe langfristig uninteressant werden. Auch die kirchliche Hilfe kann außer der Nothilfe zwar Projekte fördern, die uns mit den Kirchen, den Christen, der Bevölkerung eines anderen Landes verbinden, damit wir ihre Probleme kennenlernen und an ihnen teilhaben. Die einzige *wirksame* Entwicklungshilfe aber wird durch Umstrukturierungen des Welthandels geleistet, die es beispielsweise bereits im Jahre 1974 den Ölstaaten ermöglichte, 9 Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe zu leisten, nur 1 Milliarde weniger als die Industriestaaten.¹⁸ Allerdings haben die Ölländer sehr bewußt islamische Länder gefördert und manche nicht-islamische afrikanische Länder, die noch stärker als diese unter dem Ölboycott litten, vernachlässigt. Allerdings haben sie versucht, das Öl für ihre politischen Interessen einzusetzen, nämlich den Westen von der Unterstützung Israels abzubringen.

Aber sie haben trotz allem bewiesen, daß durch handelspolitische Maßnahmen sehr viel schneller sehr viel größere Summen den Industrieländern abgenommen werden können, um in die Entwicklungshilfe (aber leider nicht nur in diese!) investiert zu werden, als die meisten Entwicklungsexperten für möglich hielten.

Sie haben die Grenze, die Almosen von Opfern trennt, durchbrochen und die Industrieländer zu Opfern gezwungen, die sie selbst schmerzen, während bisher alle Entwicklungshilfe nichts weiter war als eine Abschlagzahlung von steigendem Überschuß. Das bedeutet aber, daß zum ersten Mal Neuverteilungen vorgenommen werden: von den Reichen zu den Ärmeren, wenn auch meistens noch nicht zu den ärmsten 40%, von denen McNamara sprach.

Diese Umstrukturierungen können bereits in den achtziger Jahren dazu führen, daß wir öffentlichen Nahverkehr, Klein-Autos, Mopeds und Fahrräder benutzen, um Öl zu sparen, sorgfältig Altpapier sammeln, um Papier zu sparen, Wind- und Sonnenenergie wieder benutzen, um neue Energiequellen zu erschließen, weniger und einfacher essen, um z.B. nicht wertvolles Getreide an Vieh verfüttern zu müssen, das zu Steaks verarbeitet wird. Sicherlich kann es nicht mehr als einen Denkanstoß geben, wenn die niederländischen Kirchen zu einem Fastentag pro Woche aufgerufen haben, und wenn das Diakonische Werk dazu auffordert, monatlich einen „Eintopf-Sonntag“ einzuführen, um das so

ersparte Geld der Entwicklungshilfe zu spenden und unsere Lebensgewohnheiten zur Bescheidenheit zurückzubringen. Doch kann eine neue Einstellung zur Verflochtenheit unserer Wirtschaftsverfassung mit den Hungersnöten der Sahel-Zone, dem Zusammenbruch ganzer Industriezweige asiatischer Länder oder den Unruhen landloser Bauern in Lateinamerika nur durch solche Beispiele praktischer Verhaltensänderungen gewonnen werden.

Wenn auch die tätige Hilfe bei Katastrophen, wie sie „Brot für die Welt“ und MISEREOR leisten, eher erhöht und personelle Hilfe verstärkt werden muß, wir also auch auf diesem Gebiet zu noch größeren Opfern aufgerufen werden müssen, so wird sich doch *die eigentliche Entwicklungshilfe*, die nicht nur Notstände bekämpfen, sondern langfristige Verbesserungen erzielen will, nicht mehr als Spende oder als Almosen zeigen, sondern in der Veränderung unserer Lebensweise bestehen, wie sie ironischerweise jene jungen Leute schon vorausgesehen haben, die vor einigen Jahren auf dem Kurfürstendamm in Berlin gegen das in Konsumrausch entartete deutsche Weihnachtsfest demonstrierten.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. den Abschnitt „Strukturwandel und Machtverlagerung“ in der Denkschrift der EKD-Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst: „Der Entwicklungsdienst der Kirche - ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“, Gütersloh 1973.

² Text vgl. epd-Entwicklungspolitik 2/1975, S. 34 ff.

³ Vgl. Ev. Kommentare, Heft 1/75, S. 43 ff. und S. L. Parmar, Entwicklung: Prioritäten und Leitlinien, in: ÖR, Heft 2/75, S. 164 ff.

⁴ Vgl. W. Huber und G. Liedke, Christentum und Militarismus, München 1974; U. Albrecht und B. Sommer, Deutsche Waffen für die 3. Welt, ro-ro 1972; U. Albrecht, Der Handel mit Waffen, München 1971.

⁵ Vgl. Entwicklungspolitik. Materialien, Nr. 47, hrsg. vom Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit.

⁶ Jan Pronk, Development in the 70s. Seven Proposals. Referat gehalten in Montreux, Dezember 1974, abgedruckt in: Ecumenical Review No. 1/1975.

⁷ R. S. McNamara, Ansprache an die Gouverneure, Nairobi, 24. September 1973 und: Die Armut des Volkes, ro-ro-aktuell 1974, S. 83.

⁸ Vgl. Dennis Meadows u. a., Die Grenzen des Wachstums, ro-ro Reinbek 1973.

⁹ Vgl. Denkschrift „Der Entwicklungsdienst der Kirche...“ II, 6: Selbstverantwortung und Partnerschaft.

¹⁰ Vgl. General-Anzeiger vom 21. 3. 1975.

¹¹ Vgl. Ludwig Raiser, Menschenrechte in einer gespaltenen Welt, in: Ev. Kommentare, Heft 4/75, S. 199 ff. und U. Scheuner, Die Menschenrechte in der ökumenischen Diskussion, in: ÖR, Heft 2/75, S. 152 ff.

¹² Vgl. K. M. Beckmann (Hrsg.), Anti-Rassismus-Programm der Ökumene, Witten/Berlin 1971.

¹³ Vgl. z. B. Theo Sundermeier (Hrsg.), Christus der Schwarze Befreier, Erlangen 1973; Trutz Rendtorff/H. E. Tödt, Theologie der Revolution, Frankfurt 1969.

¹⁴ Vgl. Günther Linnenbrink, Solidarisch sein mit den Armen, in: Lutherische Monatshefte, Heft 4/75, S. 188 ff.

¹⁵ epd-Dokumentation Nr. 3/75: Weltbevölkerungskonferenz: Neue Wirtschaftsordnung konzipieren!

¹⁶ André van Dam, Bevölkerung versus Wohlstand?, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 3/75, S. 11 ff.; vgl. aber die Kritik von Otto Matzke in: Entwicklung und Zusammenarbeit 5/75, S. 34, und den Aufsatz von Mogens Boserup in: UN-FORUM 2/75.

¹⁷ Vgl. Muhammad S. Abdullah, Aladins Wunderlampe, in: Der Überblick 1/75, S. 41 ff.; Gerhard Bischoff, Die Erdölpolitik verändert die Welt, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 5/75, S. 6 ff.

Umorientierung der westlichen Christenheit

Entwicklungspolitik im Horizont von Nairobi

VON KARL-HEINZ SOHN

1. Die Ende 1975 in Nairobi stattfindende Vollversammlung des Ökumenischen Rates mit ihrer Beteiligung von 270 Mitgliedskirchen, darunter auch die Evangelische Kirche in Deutschland, steht vor ausgesprochen schwierigen Aufgaben. Wenn diese Konferenz nicht zu einer Mammutveranstaltung gutwilliger, mit den tatsächlichen Problemen der Ökumene wenig vertrauter, meist theologischer Teilnehmer werden und schon deshalb ohne Einfluß auf die Lösung praktischer Fragen bleiben soll, müssen zuvor noch zahlreiche Bedingungen erfüllt werden.

Der Forderung des württembergischen Theologen Konrad Raiser (Genf) — einer der stellvertretenden Generalsekretäre des ÖRK —, die Ökumene müsse einen „entscheidenden Beitrag zur ökumenischen Bewußtseinsbildung in ihren Mitgliedskirchen leisten und deutlich machen, daß provinzielle, nationalistische und konfessionelle Loyalitäten hinter der Loyalität aller Christen zurückzutreten hätten“, ist wenig hinzuzufügen. Liegt dieser These die Vorstellung zugrunde, die in Nairobi anwesenden Delegierten sollten sich konsequent und mit allen Mitteln, die sie selbst oder ihre Kirchen zur Verfügung haben, gegen Diskriminierung wenden, so wäre dies in der Tat eine christliche und damit wichtige Position. Schließlich wird unter dem Dach der Ökumene bis heute die Fortsetzung vielfältigster Formen der Diskriminierung betrieben, ohne daß die von ihr Begünstigten dagegen vorgingen oder die Benachteiligten die Chance hätten, diesen Zustand zu beenden.